

«Good morning» wird nicht goutiert

Der Entscheid der Baselbieter Regierung für Frühenglisch stösst auf wenig Verständnis

HANNES HÄNGGI, DANIEL SCHINDLER

Die Baselbieter Parteien wollen am Frühfranzösisch festhalten und den Entscheid der Kantonsregierung im Landrat kippen. Auch Solothurn bleibt bei Frühfranzösisch.

Einsam muss sich Bildungsdirektor Urs Wüthrich vorgekommen sein, als ihn seine Kollegen überstimmten. Frühenglisch möchte die Baselbieter Regierung einführen, nicht Frühfranzösisch. Dabei wären sich die Kantone Basel-Stadt, Baselland, Solothurn, Bern, Freiburg und Wallis in einer Vereinbarung einig gewesen, dass an ihren Primarschulen zuerst Französisch und erst dann Englisch unterrichtet werden soll.

«Dabei bleibt es bei uns auch», sagt der Solothurner Erziehungsdirektor Klaus Fischer (CVP). Im Kanton Solothurn, der als Brückenkanon zwischen der deutschen und der französischen Schweiz stehe, sei das Frühenglisch gar nie ein Thema gewesen. Über den Entscheid der Baselbieter Regierung ist Fischer denn auch «nicht glücklich». Der Entscheid sei aber keine Katastrophe: «Wichtig ist, dass überhaupt zwei Fremdsprachen an der Primarschule eingeführt werden.»

Dieser Satz ist immer wieder zu hören, sowohl bei Eltern, Lehrern als auch bei Regierungsvertretern. Und auch: «Es muss einfach einheitlich geregelt sein», wie Matthias Hugenschmid von Schule und Elternhaus Baselland sagt. Weitere Schritte hat die Elternorganisation noch nicht vorgesehen. Erst müsse abgewartet

werden, wie der Landrat entscheidet. «Erst wenn absehbar ist, dass das Baselbiet ein Extrazüglein fährt, müssen wir etwas unternehmen.»

Ein solches «Extrazüglein» könnte besonders in den nach Basel orientierten Solothurner Bezirken Dorneck und Thierstein sowie in den Gemeinden Kienberg und Wisen groteske Formen annehmen: Zuerst würden die Kinder im Kanton Solothurn Französisch lernen und müssten dann beim Wechsel an eine höhere Schule im Kanton Baselland wieder mit Französisch beginnen. Dafür fehlten ihnen die Englischkenntnisse.

KEIN STREIT IN REGIERUNG. Für den Präsidenten des Lehrervereins Baselland, Max Müller, sind solche Probleme aber zweitrangig: «Die Mobilität ist nur ein vorgeschobenes Argument. In der Praxis bestehen solche Probleme nicht.» Es sei nicht entscheidend, wann welche Sprache gelehrt werde, sondern wie dies geschehen soll. «Wie hoch sind die Lehransprüche?», fragt Müller. Denn Lehrpläne und Kosten-Nutzen-Analysen lägen noch nicht vor. «Mir wäre lieber, wenn man sich darüber aufregen würde.»

Der Baselbieter Erziehungsdirektor Urs Wüthrich (SP) hat bei den Lehransprüchen eine klare Vorstellung: «Am Schluss der neunten Klasse sollen alle Schüler dasselbe Bildungsniveau haben.» Egal, welche Sprache zuerst unterrichtet worden sei. Dass ihn seine Regierungskolleginnen und -kollegen im Re-



Früh übt sich. Kinder sollen zwei Fremdsprachen lernen – bloss welche zuerst? Foto Keystone

gen stehen gelassen hätten, lässt Wüthrich nicht gelten: «Es fand eine sachliche Diskussion statt.» Der Entscheid der Regierung bedeute aber auch, dass der Kanton Baselland aus dem Konkordat der Frühfranzösisch-Kantone aussteigen müsse. «Die Regierung hat die Harmonisierung mit den anderen Deutschschweizer Kantonen als wichtiger eingestuft als die Zusammenarbeit mit den nächsten Nachbarn», sagt Wüthrich.

Damit aber Urs Wüthrich genau weiss, in welche Richtung er weiterplanen soll, muss das Parlament möglichst rasch entscheiden, ob es hinter der Regierung oder hinter der Abmachung mit den Kantonen, die Frühfranzösisch einführen wollen, steht. Eine Umfrage unter den Fraktionspräsidenten (siehe unten) zeigt eine eindeutige Tendenz bei allen Parteien: Der Landrat will beim Frühfranzösisch bleiben.

Hickhack um Manor-Bau

Liestal. Implemia liegt im Clinch mit Baader

STEFAN GYR

Die Implemia Generalunternehmung AG übt in einem Schreiben an den Einwohnerrat Kritik an der August Holinger AG mit Caspar Baader an der Spitze.

«Der Knackpunkt ist in der Tat die Einigung mit der August Holinger AG. Wenn dieser gordische Knoten gelöst ist, geben wir die Fortführung der Planung gerne frei»: Das steht in einem Schreiben der Implemia Generalunternehmung AG an den Einwohnerrat zu lesen. Auslöser des Briefs war eine Resolution des Stadtparlaments zum Streit um ein Landgeschäft für das Manor-Projekt. Ursprünglich sollte darin die August Holinger AG als Landbesitzerin zu einem «faires, lösungsorientierten Handeln unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses» aufgerufen werden. Um kein Öl ins Feuer zu giessen, beschloss die Ratsmehrheit, das Schreiben bloss an «die Verhandlungspartner» zu richten.

TAUZIEHEN UM BAULAND. SVP-Nationalrat Caspar Baader, Verwaltungsratspräsident der August Holinger AG, konterte mit einem Zeitungsinserat, in dem er kritisierte, der Einwohnerrat habe die Resolution «ohne Anhörung der betroffenen Firma und in Unkenntnis der gesamten Fakten» verabschiedet. Dagegen schreibt nun die Implemia Generalunternehmung AG, sie unterstütze den Inhalt der Resolution «sehr». «Wenn die Gegenpartei nun ebenfalls nach diesen Grundsätzen die Verhandlungen mit uns führt, sind günstige Voraussetzungen für das Projekt geschaffen.»

Der Zankapfel ist der Preis eines Grundstücks auf dem Böhli-Areal, wo das Manor-Einkaufszentrum gebaut werden soll. Die beiden Seiten haben einen Landtausch vereinbart. Als Tauschobjekt steht ein Mehrfamilienhaus in Liestal zur Diskussion, das sich im Besitz der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) befindet. Das Angebot gelte noch immer, sagt BLPK-Chef Hans Peter Simeon. Die Parteien müssten sich allerdings «in absehbarer Zeit entscheiden».

umfrage



Jörg Krähenbühl (Fraktionschef SVP). «Überraschend»
Foto Hannes-Dirk Flury

«Der regierungsrätliche Entscheid überrascht mich. Es würde mich nicht wundern, wenn der Landrat diesen Entscheid kippen würde. Man will ja im Bildungsbereich eine Harmonisierung erreichen. Da kann es nicht sein, dass man bei der ersten Entscheidung, die man gemeinsam treffen könnte, eine andere Richtung einschlägt. Wir werden das intensiv diskutieren und ich könnte mir vorstellen, dass sich die SVP für das Frühfranzösisch vor dem Frühenglisch stark machen wird.» dan



Peter Zwick (Fraktionschef CVP/EVP). «Schade»
Foto Hannes-Dirk Flury

«Es ist schade, dass man partnerschaftliche Lösungen nicht miteinander diskutiert, sondern die Konfrontation sucht. Ich hoffe, dass der Landrat auf den Entscheid der Regierung zurückkommt. Ich weiss nicht, was es heissen soll, dass man jetzt die Frage Frühenglisch oder Frühfranzösisch «grossflächig» abdecken will. Wir haben ja grosse Unterschiede in der Schweiz. Aber mit den Partnern in unserer nächsten Umgebung sollten wir uns einig sein.» dan



Christine Mangold (Fraktionschefin FDP). «Problematisch»
Foto Hannes-Dirk Flury

«Ich bevorzuge Frühfranzösisch vor Frühenglisch. Da schliesse ich mich der Ansicht von Urs Wüthrich an. Mich enttäuscht, dass man es nicht fertigbringt, eine Harmonisierung zustande zu bringen. So sind die Schüler bei einem Kantonswechsel ganz direkt negativ betroffen. Wenn wir nicht einmal in der Frage nach der ersten Fremdsprache in der Schule eine Einigkeit erzielen, dann können wir das ganze Harmonisierungsprojekt gleich vergessen. Ich finde das problematisch.» dan



Madeleine Göschke (Fraktionschefin Grüne). «Schwierig»
Foto Margrit Müller

«Die Regierung hat einen schwierigen Entscheid gefällt. Französisch ist schwerer zu lernen als Englisch. Aber Englisch nützt den Kindern in einer stark globalisierten Welt mehr. Wir wollen, dass die Schüler nach der Schulzeit beide Sprachen gleich gut beherrschen. Daher müssen von Beginn weg Fachlehrer diese Fremdsprachen lehren. Und zwar ab der dritten Klasse. Doch da stossen wir wohl an finanzielle Grenzen. Wir sind für Französisch als erste Fremdsprache.» dan



Ruedi Brassel (Fraktionspräsident SP). «Enttäuschend»

«Ich bin persönlich enttäuscht. Die SP ist ganz grundsätzlich für eine Harmonisierung. Dabei bevorzuge ich das Frühfranzösisch. Der Entscheid ist staatspolitisch falsch. Er ist unvorteilhaft, was die Zusammenarbeit mit unseren Partnern betrifft. Natürlich lernt sich Englisch leichter als Französisch. Aber es sprechen viele Argumente für das Frühfranzösisch. Die Regierung stand wohl unter einem falsch verstandenen Anpassungsdruck gegenüber der restlichen Deutschschweiz.» dan

nachrichten

Für Überwerfung und Wendegleis

LIESTAL. Der Stadtrat hat sich mit den SBB auf eine enge Zusammenarbeit verständigt. Laut einer Medienmitteilung der Stadt soll bis 2030 ein «klar erhöhtes Mobilitätsangebot» geschaffen werden. Im Hinblick auf die geplanten Überführungs- und Kopfgleise haben beide Seiten bekräftigt, dem Anwohnerschutz höchste Priorität einzuräumen und die Option Tieflage offenzuhalten. Wie es weiter hiess, soll vor der Verzweigung Adlertunnel eine kreuzungsfreie Lösung gefunden werden. Eine Möglichkeit wäre ein Überführungsbaupark zwischen Tunnel und Bahnhof. Daneben prüfen Kanton und SBB die Schaffung eines Kopfgleises am Bahnhof, das einen Viertelstunden-Takt der Regio-S-Bahn ermöglichen würde.

Beratung für Eltern wird weitergeführt

BUBENDORF. In Bubendorf haben im letzten Jahr 45 Familien mit 51 Kindern das Angebot der Mütter- und Väterberatung in An-

spruch genommen, wie der Gemeinderat mitteilt. Zusammen mit Lausen und Ramllinsburg werden 105 Familien mit 129 Kindern betreut. Die Pro Juventute hat den Vertrag mit den Gemeinden gekündigt, weil die Mütter- und Väterberatung nicht zu ihrem Kerngeschäft gehöre. Bubendorf will aber die Beratung weiterhin anbieten, wie der Gemeinderat erklärt.

Gemeinde gegen Qualitätskommission

OBBERDORF. Der Gemeinderat von Oberdorf lehnt die Einführung einer kantonalen Qualitätskommission für Alters- und Pflegeheime ab. Er spricht sich gegen die Vereinbarung zwischen dem Verband Basellandschaftlicher Gemeinden und dem Verband der Baselbieter Alters- und Pflegeheime aus. Grundsätzlich befürwortet er die Qualitätskontrolle, schreibt der Gemeinderat. Die Kommission sei jedoch nicht notwendig: Eine Qualitätskontrolle sollte nicht durch den Kanton, sondern durch den jeweiligen Stiftungsrat eines Altersheimes vorgenommen werden.

Ja-Komitee läutet H2-Schlusspurt ein

Liestal. Die bürgerlichen Fraktionspräsidenten geben sich zuversichtlich

THOMAS GUBLER

Die bürgerlichen Spitzen der Landratsfraktionen haben am Donnerstag im «Haus der Wirtschaft» einen letzten Appell an die Stimmbürgerschaft gerichtet, am 24. September der H2-Finanzierung zuzustimmen.

Zehn Tage vor der Abstimmung traten Christine Mangold (FDP), Jörg Krähenbühl (SVP), Peter Zwick (CVP/EVP) und Rudolf Keller (SD) noch einmal an die Öffentlichkeit. Zum letzten Mal wollten sie im Namen des überparteilichen, bürgerlichen Komitees «für den unverzüglichen Bau der H2» die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von der Unabdingbarkeit des laut Baudirektorin Elsbeth Schneider «baubereiten H2-Projektes» überzeugen.

«Nicht aus Angst», so Komitee-Geschäftsführer Christoph Buser, erfolge dieser letzte Appell. Man habe diesen Schlusssauftritt schon vor län-

gerer Zeit geplant. Allerdings hätten es die Befürworterinnen und Befürworter im Abstimmungskampf mit einem weitgehend «unsichtbaren Gegner» zu tun gehabt. Buser spielte damit auf die Rolle der



Grünen an, möglicherweise aber auch auf den Umstand, dass die Bevölkerung im unteren Kantonsteil an der H2 kein unmittelbares Interesse hat. Allerdings erklärten die Referenten, auch die von SVP-Nationalrat Christian Miesch beschworene «schweigende Mehrheit der Gegner» im Abstimmungskampf nicht angeht zu haben.

Entsprechend gaben sich die vier kantonalen Spitzenpolitiker zuversichtlich im Hinblick auf das Abstimmungsergebnis vom 24. September: «Was lange währt, wird endlich gut», sagte Christine Mangold.

VIERTE ABSTIMMUNG. Der als Frenkendörfener direkt betroffene Landrat Rudolf Keller (SD) liess noch einmal die Leidensgeschichte der H2 Revue passieren. Nach 40 Jahren Streit und drei Volksabstimmungen sei die Situation für Frenkendorf und Füllinsdorf inzwischen unerträglich geworden. Alle Gemeinden in der Nachbarschaft der Rheinstrasse hofften nun, dass die kommende Abstimmung die letzte sei, «denn der Engpass Rheinstrasse muss beseitigt werden», sagte Keller.

FDP-Fraktionschefin Christine Mangold hob den wirtschaftlichen Aspekt der H2 hervor. Die Beseitigung des Nasdelöhrs sei nicht nur verkehrs-

politisch bedeutend, sondern bringe auch einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen, «denn ein wichtiger Faktor für einen guten Standort ist ein gutes Strassennetz», sagte die FDP-Frau. CVP-Fraktionschef Peter Zwick bezeichnete das H2-Projekt als einen «Pakt der Vernunft» von Kanton, Bund und Strassenbenutzern. Der Münchensteiner Zwick verwies auf den grossen Nutzen der H18 für die Gemeinden des Birstals und appellierte an die dortige Bevölkerung, sich mit den Mitbürgern im unteren Ergolzthal solidarisch zu zeigen.

«H2-WUNDER». «Wunder dauern eben etwas länger», sagte abschliessend SVP-Fraktionschef Jörg Krähenbühl in der Hoffnung, dass das «H2-Wunder» am 24. September wahr werde. Auch wenn zwei SVP-Delegierte gegen das Projekt votiert hätten, sei die SVP immer klar für die H2 gewesen. > www.h2-ja.ch